



Jahresarbeitszeit

Gesamtbetriebsrat signalisiert Samstagsarbeit

In der letzten sogenannten "Standortsicherungs-Vereinbarung" haben die IGBCE-Betriebsräte mit dem Unternehmen vereinbart, sich bis Ende März 2001 auf eine Vereinbarung zur Jahresarbeitszeit zu verständigen. Andernfalls soll eine Einigungsstelle bindend entscheiden. Was steckt dahinter?

Nach langer, mühseliger Nachfrage wurde dem Elberfelder Betriebsrat erstmals am 15.3.01 über den Verhandlungsstand berichtet. Danach möchte Bayer

für alle noch nicht in Gleitzeit arbeitenden Beschäftigten die Arbeitszeit in einem Verteilzeitraum

von einem Jahr flexibilisieren. Mitarbeiter und Vorgesetzte sollen sich eigenständig auf die Verteilung der Arbeitszeit verständigen



können, auch unter Einbeziehung des Samstags!

Spätestens damit wird der Samstag für weitere wieder zum normalen Arbeitstag

- auch wenn ein Zeitausgleich innerhalb eines Jahres erfolgen soll. Von einem Widerstand der verhandelnden IGBCE-Betriebsräte wurde uns nichts berichtet.

Die Arbeitszeit ist schon flexibel genug!

Gerade in den letzten Wochen zeigten bundesweite Mehrarbeitsstatistiken auf, dass deutsche Arbeitnehmer Spitze sind in flexiblen Arbeitszeiten. Viele Überstunden sind für die Unternehmen immer noch billiger als Personalaufstockungen. Gleichzeitig bedeutet die so eingeforderte Flexibilität auf Arbeitnehmerseite einen noch größeren Einfluss des Arbeitgebers auf unsere persönliche Lebensgestaltung.

Auch wenn's dem Bayer nicht passt:

Wir leben nicht um zu arbeiten,
wir arbeiten, um zu leben.

Im diesem Jahr gibt es keine Entgeltverhandlungen.

In diesem Jahr wird das Tarifentgelt um sagenhafte 2 Prozent für die nächsten 9 Monate steigen. Die Leitenden erhalten 2,4 Prozent für 11 Monate. Gleichzeitig liegt die Inflationsrate bei 2,6 Prozent im Januar 2001.

Im Vorjahr lag der Abschluss der IGBCE (Chemiegewerkschaft) für 12 Monate bei 2,2 Prozent. Damit lag er im letzten Drittel der Tarifabschlüsse, die sich mehrheitlich zwischen 2,3 und 3 Prozent je Branche bewegten (laut DGB-Institut WSI).

Der Abschluss für 2001 ist von der IGBCE, entgegen vielen Empfehlungen aus den eige-

nen Reihen schon im letzten Jahr getroffen worden.

Zu viel verdient?

Nun könnte man ja annehmen, das im globalen Wettkampf die Deutschen zu viel verdienen. Nimmt man allerdings die Daten der Bundesregierung, so wird schnell klar, dass diese Argumente falsch sind.

Die Lohnquote in Deutschland liegt im Jahr 2000 bei 65,9 Prozent, 2001 werden es nur noch 65,2 Prozent sein. In den USA ist die Quote steigend von 67 auf 67,4 in Japan noch höher bei 71,7 fallend auf 70,7 Prozent. Geht man in das Jahr 1981

Fortsetzung auf Seite 2

Betriebsversammlung

findet am

**Montag, den
02.04.2001**

um 13:30 Uhr

in der Bayer Sporthalle statt.

Da dies eine Veranstaltung für die Belegschaft ist, ist jeder Mitarbeiter herzlich dazu eingeladen um seine Meinung kundzutun.

Wer Probleme hat, von seiner Arbeitsstelle frei zu bekommen, sollte den Betriebsratsvorsitzenden direkt ansprechen.



Nachtschicht steigert Brustkrebsrisiko um 50 Prozent

Studie stellt erstmals statistischen Zusammenhang her

Nachtarbeit steigert das Brustkrebsrisiko bei Frauen statistisch um 50 Prozent. Zu diesem Ergebnis ist eine großangelegte Studie des Institute of Cancer Epidemiology der

Dänish Cancer Society gekommen. **Ausreichend für eine Risiko-Steigerung sei eine Periode von sechs Monaten hauptsächlich in der Nachtarbeit während des Arbeitslebens.**

Für die Studie wurden die Daten von 7.035 dänischen Frauen zwischen 30 und 54 Jahren ab 1964 ausgewertet. Frauen, die wenigstens sechs Monate vor allem in der Nacht gearbeitet hatten, litten deutlich häufiger unter Brustkrebs. Längere Perioden der Nachtarbeit steigerten das Risiko weiter. Bis heute hat die Medizin keine Erklärung für die Verbindung zwischen Nachtarbeit und Brustkrebsrisiko gefunden. Man nimmt an, dass

die veränderten Lichtverhältnisse während der Arbeit zu risikosteigernden Hormonveränderungen führen können. Der Epidemiologe Tim Key vom Imperial Cancer Re-



search Fund bestätigte gegenüber der BBC die Studie.

Der Ruf nach scheinbarer Gleichberechtigung drängt immer mehr Frauen in die Nachtarbeit. **Dass Schicht- und damit Nachtarbeit nicht gesund ist, weiss man schon lange**, trotzdem wird sie immer mehr ausgeweitet. Eine neue Diskussion, insbesondere in den Gewerkschaften, über diese Arbeitszeiten wird immer dringlicher. Wir haben die ärztliche Abteilung über die Studie informiert und erwarten eine Stellungnahme für Elberfeld.

Fortsetzung von Seite 1:

.. keine Entgeltverhandlungen

zurück, lagen alle Lohnquoten in den genannten Ländern um 3 bis 10 Prozent höher. Das heisst, dass die Arbeitnehmer u.a. in der BRD immer weniger von ihren erarbeiteten Werten erhalten!

Unternehmergewinne

Die Unternehmens- und

Vermögenseinkommen stiegen seit 1989 netto zwischen knapp 16 bis knapp 3 Prozent pro Jahr. Lediglich 1993 und 1999 waren keine Steigerungen vorhanden. In dem Zeitraum der letzten 10 Jahre betrug die Steigerung rund 50 Prozent!

Lohnverzicht

Dementgegen lagen die Entgeltabschlüsse im genannten Zeitraum knapp über der Inflationsrate.

Letzte Besenkammer gesucht

Auf den Vorträgen von Herrn Ebsworth wurde noch einmal bestätigt, die Forschung brummt und es sind jede Menge neue Substanzen in der "Pipeline".

Um die höhere Anzahl von Entwicklungskandidaten (NCE genannt = New chemical entities) auch fachgerecht entwickeln zu können, plant jetzt nach der Prälinik auch die globale klinische Pharmakologie ihre Kapazität zu erweitern. Das scheinbar dazu benötigte **Audit läuft zur Zeit auf Hochtouren** und soll Anfang April präsentiert werden können. Jetzt ist schon klar, dass die Arbeit mit der jetzigen Personalstärke nicht mehr zu schaffen ist und dringend erweitert werden muss. Nur wie und vor allem wo ist noch nicht entschieden. Als Alternative von Aprath wird auch eine Erweiterung in West Haven angedacht.

Da bekanntlich in Aprath zur Zeit in bestimmten Abteilungen bis auf die letzte Besenkammer jeder Raum ausgebucht sei soll und verschiedene Bereiche zum Teil erheblichen Platzbereich anmelden (neue Hundeställe für die Toxi, Erweiterung der Prälinik), stellt sich die Frage nach dem wohin.

Statt die Mitarbeiter und die notwendigen Arbeitsgeräte auf immer weniger Raum zusammenzupferchen und so die Arbeitsbedingungen zunehmend zu verschlechtern, müssen neue Gebäude her. Eine vernünftige, längerfristig gedachte Planung erspart Nachbesserungen und Notlösungen (siehe Verlagerung Glasreinigung).

D. h. von 1990 bis jetzt gab es eine Realloohnerhöhung für den gesamten Zeitraum von 11 Prozent! Für dieses Jahr ist die Chance allerdings vertan einen höheren Abschluss zu tätigen!

Betriebsräte der Belegschaftsliste: V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan
(namentlich gezeichnete Beiträge oder Leserbriefe geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder)

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;

Olaf Augustin, PH-R CWL, Geb. 456, Tel. 8604

Ulrich Franz, PH-R SID, Geb. 459, Tel. 4475

Michael Groß, PH-PD-CP K, Geb. 405, Tel. 8465

Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. (0202)36--7543

Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

Peter Rauh, PH-PD Toxikologie, Geb. 508, Tel. 8670

Björn Reitz, PH-OP ELB AQ, Geb. 302, Tel. 2765

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 2546

Gerd-Peter Zielezinski, PH-OP-ELB Betr. Cerivast., Geb. 9, Tel. 2608

Ersatzmitglieder

Gabi Stallony, PH-R CWL, Geb. 460, Tel. 5284

Frank Samland, PH-OP WP Betr. 1/3, Geb. 226, Tel. 7752

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de

Wieso ist AIDS so profitabel?

Ein Interview mit Ludmilla Schlageter, BRD-Koordinatorin der Medikamentenkampagne der Organisation Ärzte ohne Grenzen

? Vor einem Gericht im südafrikanischen Pretoria ist am Montag (5.3.) von 39 Pharma-Unternehmen Klage gegen ein Gesetz erhoben worden, das die Abgabe sogenannter Generika, also von billigeren Nachahmerpräparaten, regelt. Geht es der Pharma-Industrie so schlecht?

! Nein, der Pharma-Industrie geht es ganz sicher nicht schlecht, denn innerhalb dieser einen Woche, die die öffentliche Anhörung dauern wird, streicht die Pharma-Industrie weltweit 560 Millionen Dollar Profite durch AIDS-Medikamente ein. Gleichzeitig werden 12 000 Menschen in Afrika, speziell in Südafrika, mit dem HI-Virus infiziert.

? Welche Konsequenzen hätte ein Sieg der Kläger?

! Bisherige Welthandelsverträge, durch die eine generische Nutzung von Medikamenten ermöglicht wird, wären außer Kraft gesetzt. In dem genannten Fall nutzt die südafrikanische Regierung bewußt eine Möglichkeit, die das internationale Recht zum Schutz vor einer Epidemie zuläßt. Mit Südafrika würden der ganze afrikanische Kontinent und im Grunde genommen alle Entwicklungsländer verlieren.

? Wie wird es weitergehen, wenn die Klage in erster Instanz scheidet?

! Seit dieses Gesetz vor drei Jahren vom Präsidenten unterschrieben wurde, ist es Angriffen der pharmazeutischen Industrie ausgesetzt. Die Unternehmer haben dabei eine kleine Lücke gefunden, nämlich die Tatsache, daß es nicht öffentlich verhandelt wurde. Doch den Vorwurf des Ausschlusses der Öffentlichkeit kann man auch der pharmazeutischen Industrie machen. Wir würden auch gerne wissen, wie transparent ihre Preise sind oder wieviel Forschungskosten sie haben. Bei der laufenden Auseinandersetzung wird vor allem der politische Druck eine große Rolle spielen. Wir hoffen, daß sich die EU klar hinter die südafrikanische Regierung stellt. Wir haben erste Stimmen aus dem Referat Handel aus der EU gehört, die sich

für den Erhalt dieser Schutzregelungen im internationalen Handelsrecht aussprechen. Ergo: Es ist korrekt, was die südafrikanische Regierung macht.

? Gab es in der Vergangenheit vergleichbare Fälle?

! Brasilien hat seit drei Jahren ein Gesetz erlassen, das die lokale Produktion von Nachahmerprodukten regelt. Man nimmt dieselben Substanzen und baut sie zu einem Präparat zusammen. Dadurch konnte der Preis für den sogenannten AIDS-Cocktail von bis zu 15 000 Dollar auf etwa 1 000 Dollar herabgesetzt werden. Diese Möglichkeit wird jetzt von den USA versucht zu beschneiden, indem Klage vor dem Welthandelsgerichtshof eingereicht wurde. Die USA gehen vorsichtig vor, letztlich geht es aber doch darum, daß Brasilien es ermöglicht, auf seinem Boden Medika-

! Als Südafrika diese Gesetzgebung vor drei Jahren eingeführt hat, protestierte die US-Regierung. Dann kam das große WTO-Treffen in Seattle, auf dem Al Gore den Rückzug aus dem Südafrika-Fall angekündigt hat. In der

Zwischenzeit haben die Pharma-

Konzerne offensichtlich Druck ausgeübt.

Darum hoffen wir, daß der neue Präsident George Bush sich klar hinter die AIDS-Gesetzgebung der südafrikanischen Regierung stellt.

? Die Unternehmen hatten ursprünglich angeboten, ihre Präparate billiger anzubieten.

Wieso genügte das nicht, um einen Rechtsstreit abzuwenden?

! Die Tatsache, das die Unternehmen ihre Preise um bis zu 85 Prozent reduzieren wollen, ist zunächst einmal positiv. Das Problem ist die fehlende Transparenz. Man muß transparente

Preise haben, um zu ermöglichen, daß Menschen, die wenig Geld haben, preisgünstige Präparate kriegen, und Menschen, die viel Geld haben oder von der Krankenkasse versorgt sind, mehr Geld bezahlen.

(Interview vom 6.3.01 aus der Jungen Welt)

Mittlerweile ist die Klage von den Pharmafirmen "auf Eis" gelegt worden. Weltweite

Proteste, unter anderem auch bei Bayer in Berkeley, hatten die Firmen unter Druck gesetzt ihr Vorhaben zurück zu nehmen. Als Entlassungsangriff haben die Firmen die Preise ihrer Produkte drastisch gesenkt!



mente nachzuahmen.

? Die Clinton-Administration hat vor einer handelsrechtlichen Verfolgung in solchen Fällen weitgehend abgesehen. Gibt es seitens der USA einen Paradigmenwechsel?

Brand in Leverkusen

Am 21.03.2001 hat es in der Titanproduktion bei der auf dem Bayergelände in Leverkusen befindlichen Firma Kronos Titan eine Verpuffung gegeben, die das Gebäude in Brand gesetzt hat. Die Rauchentwicklung war so stark, dass sie im 14 km entfernten Leichlingen zu beobachten war. Bei den länger andauernden Löscharbeiten wur-

den 2 Feuerwehrleute leicht verletzt. Obwohl die Bevölkerung aufgerufen wurde, Türen und Fenster zu schließen, soll eine Gefährdung nicht bestanden haben.

Vor einigen Wochen wurde von Bayer beschlossen, die Leverkusener Werksfeuerwehr um Zweidrittel zu verkleinern - Responsible Care läßt grüßen.

Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen. Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerzbank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort: Hochwald/Belegschaftsliste



"Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser..."

Dieser klassische leninistische Grundsatz beherrschte bislang die Arbeitszeitpolitik kapitalistischer Betriebe. Die gute alte Stechuhr und heute die elektronische Arbeitszeiterfassung notieren minutiös das Kommen und Gehen. Und nun - ein wahrer Kulturschock!

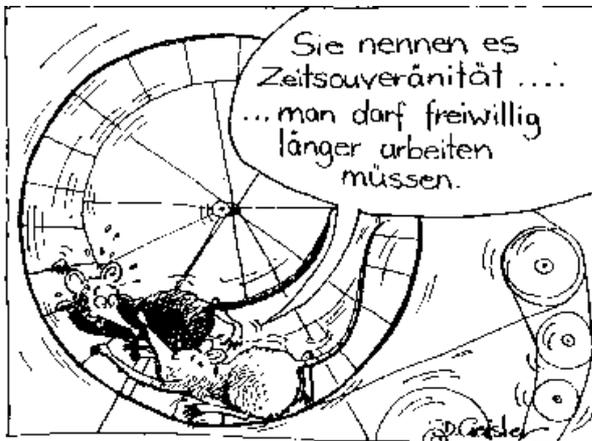
Im hohen Bogen fliegen genau diese Gerätschaften in die Rumpelkammer:

"Vertrauen ist besser.."

In der Hochtechnologie, in Forschung und Entwicklung, Marketing, bei Banken und Verlagen macht jetzt ein neues Arbeitszeitmodell von sich reden: "Vertrauensarbeit". Klingt gut oder nicht?

Das Modell hat seine freundlichen Seiten - ganz gewiss. Man kann kommen und gehen, wann man will, ist endlich wieder ein Stück weit Herr seiner Zeit. Allerdings - nur auf den ersten Blick! Denn die Uhr ist lediglich gegen andere Messinstrumente ausgetauscht worden: Unerbittliche Terminvorgaben, Qualitätsansprüche, Markt- und Kundennähe, statt Fremdsteuerung nun die Eigensteuerung: mach, was du willst, aber

das Ergebnis muss stimmen. Schon jetzt wird erkennbar, daß diese Mischung aus Fremd- und Selbstausschöpfung eine verheerende Wirkung entfaltet. Die meisten Beschäftigten arbeiten länger, und zwar ohne Bezahlung. Um den Betriebsrat zu täuschen, wird abgestempelt und nachher weitergearbei-



tet. Manche nehmen Arbeit am Wochenende brav mit nach Hause, machen sich selber Druck, um ein Projekt endlich vom Tisch zu haben. Doch der Lohn für ein gelungenes Projekt ist ein neues Projekt. Wieder

andere gehen krank zur Arbeit. Arbeiten ohne Ende, ist das Ergebnis. Diese Rechnung kann nicht aufgehen. Draufgezahlt wird mit Angst und ständigem Stress, mit Mobbing und Entsolidarisierung. Die Gesundheit macht Sorgen, Beziehungen und Familien leiden. Maximal zehn Jahre und aus einem Menschen ist eine Hülse geworden. Leergeschossen, ausgebrannt, erschöpft, physisch und psychisch am Ende, beziehungslos, arbeitslos.

"Paß gut auf Dich auf" ... Diese wohlwollende Mahnung möchte ich gerne jungen High-tech-Leuten mit auf den Weg geben. Zeit ist dein Leben! Laß dich nicht enteignen, sonst fährst du gegen die Wand. "Arbeiten ohne Ende" oder "Arbeit mit Maß", das hast du neuerdings selbst zu entscheiden.

Paul Schobel, Katholischer Betriebsseelsorger, Stuttgart

Gefahr aus dem Drucker

Millionenfach surren Laserdrucker in deutschen Büros und Wohnungen. Doch die verwendeten Toner können die Atemwege schädigen - bis zur Berufsunfähigkeit.

Die Spur führte in das Landeskriminalamt Hamburg, hinauf in den ersten Stock, hinein in den Raum 806, hinüber zu den Lüftungsschlitzen, und dann hatte der Ermittler Hans-Joachim Stelling gefunden, wonach er die ganze Zeit gefahndet hatte: die Ursache für seinen Reizhusten und Dauerschnupfen, den Grund, warum er schon mit knapp 40 Jahren berufsunfähig war.

"Stark durch Tonerstaub" verschmutzt, notierte der Kriminalhauptkommissar; der Pulvernebel des amtlichen Laserdruckers hatte sich überall verteilt. Nicht nur besonders auffällig "im Bereich der Lüftungsschlitze", wie Stelling akribisch festhielt, sondern auch in seinen Lungen.

Stelling ist das erste deutsche "Tonerofer", anerkannt vom Personalamt der Hamburger Innenbehörde und deshalb seit 1996 außer Dienst. Inzwischen haben die Berufsgenos-

senschaften schon mehrere Fälle von Tonererkrankungen offiziell anerkannt. Ein Zehntel der bundesweit 60 Verdachtsfälle der IGT "Interessengemeinschaft Tonergeschädigter" sind medizinisch bewiesen.

Schon länger bekannt ist das so genannte Sick Building Syndrom unter Deutschlands Büroarbeitern. Fast jeder Zehnte klagt über Augenreizungen, Hals- und Nasenentzündungen, Kopfschmerzen oder allergische Reaktionen der Haut am Arbeitsplatz.

Mit der Nase leicht auszumachen ist dabei das stechend riechende Ozon, das Kopierer und ältere Laserdrucker vor allem im Dauerbetrieb freisetzen. Umfangreiche Nachrüstungen der Hersteller und eingebaute Aktivkohlefilter haben den Anteil des Schleimhäute reizenden Stoffs in den vergangenen Jahren gemindert.

Anders bei den Tonerstäuben. Ein Test der Landesgewerbeanstalt Bayern erbrachte im vergangenen Jahr bei 33 von 34 untersuchten Lasertonern von Markenherstellern

zu hohe Schadstoffwerte. Insbesondere in den preiswerten "Mischungen aus Fernost" finden sich für den Druckprozess nicht notwendige Giftstoffe.

Die Hersteller bestreiten den Vorwurf. Bei "bestimmungsgemäßigem Gebrauch", so ein Siemens-Sprecher, seien "keine Gesundheitsschäden zu erwarten". Hewlett-Packard gibt zwar zu, "dass der Toner aus dem LaserJet-Drucker bei Personen mit "extrem sensibler Haut und Schleimhäuten" zu "allergischen Reaktionen" führen könne. Das sei aber "kein spezielles Problem der Toner", sondern der allgemeinen Luftbelastung durch zu viele Substanzen".

Obwohl mancher Laserdrucker sogar den "Blauen Engel" des Umweltbundesamts tragen darf, empfiehlt dessen Sprecher Karsten Klenner "höchste Vorsicht" sowie das Tragen von "Mundschutz und Handschuhen" beim Umgang mit den Tonerkartuschen. Gerade bei älteren Geräten, so berichtet ein Fachmonteur, "sieht es innen drin manchmal aus wie im Schornstein".

(Aus dem Spiegel März/2001)



VEKT: Wechselbad der Gefühle

Viele Beschäftigte haben ihre Beurteilung bereits erhalten. Nicht wenige sind unzufrieden. Die Vorgaben zum Einhalten eines Abteilungschnittes haben in vielen Fällen für niedrigere Gesamtnoten gesorgt, als sich die KollegInnen dies vielfach vorab erhofft haben. Dabei waren die Begründungen der Vorgesetzten nicht selten dürftig.

Erfreut und überrascht waren aber auch viele KollegInnen nach der Berechnung der Gesamtsumme "VEKT" und einer sich evtl. daraus ergebenden Nachzahlung Ende April. Allerdings wurde so mancher auch wieder betrübt, als er errechnete, was ihm an VEKT-Abschlusszahlung durch eine niedrigere Beurteilung durch die Lappen geht. Eine halbe Gesamtnote bedeutet locker 1.000 DM - Haben oder nicht Haben.

Die Gesamtnote wird nicht rechnerisch ermittelt. **Die zugrundeliegende Gesamtbetriebsvereinbarung lässt eine Gewichtung durch die Vorgesetzten zu**, so dass auch eine "2,9" auf "2,5" abgerundet werden darf.

Objektivität und nachprüfbar Beurteilungen sind eben nicht mit vereinbart worden. Die Betriebsräte der IG BCE-Mehrheit haben den Vorgesetzten und somit Bayer alle Trümpfe gelassen und Einspruchsmöglichkeiten der Beschäftigten auf formale Verfahrensfehler

beschränkt. Wer mit dem "Urteil" des Vorgesetzten nicht einverstanden ist, hat schlicht Pech gehabt, der Bayer AG und den IG BCE-Betriebsräten sei Dank.

Gewinner und Verlierer
Angestellte ab Entgeltgruppe 9, insbesondere jene mit bislang geringen VEKT-Vorauszahlungen, sind die Gewinner. Nie zuvor war es möglich, in kurzer Zeit hohe monatliche Leistungszahlungen zu erhalten. Aber Vorsicht: Auch die jetzt ermittelten (hohen) Vorauszahlungen werden im Frühjahr 2002 mit einem neu ermittelten VEKT-Prozentsatz verrechnet. Und ob noch einmal 10% herauskommen, weiss heute niemand.

Verlierer sind wieder einmal die Kolleginnen und Kollegen bis Entgeltgruppe 8. Nach Wegfall des Besitzstandes Leistungszahlung und den Bayer-Eckwerten ist der für sie ausgeschüttete Topf von übertariflichen Leistungen deutlich geringer. Da passt es leider ins Bild, wenn der Chef der Elberfelder Hauptwerkstatt besonders niedrige Beurteilungen austeilt.

Geldtopf ist geschrumpft
Bayer preist die Ausschüttung von 108 Mio. Euro als tolle Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer. Richtig ist, dass eine Umsatzsteigerung wie in 2000 bislang einmalig für

das Unternehmen ist.

Im Jahre 1999 wurden noch insgesamt über 160 Mio. Euro an Übertarif ausgeschüttet. Für drastische Reduzierungen sorgten insbesondere der Wegfall der Bayer-Eckwerte und des Besitzstandes

Durchschnittsnoten in PH*	
E6	3,04
E7	3,25
E8	3,29
E9	3,35
E10	3,27
E11	3,22
E12	3,35
E13	3,38
*soweit uns bekannt	

Leistungssockel (i.d.R. beides für die KollegInnen bis E8!!).

Den Rest "unseres Geldes" steckt sich Bayer jetzt in die eigenen Taschen...

Umbau Gebäude 131

Am 8.März wurde dem Betriebsausschuss die Umbaumaßnahme für Geb.131 vorgestellt. Für die Chemische Entwicklung soll hier in einem alten Gebäude Platz für 12 analytische, 8 chemische und 4 verfahrenstechnische Laboratorien geschaffen werden. Die dazugehörigen Büroeinheiten sollen im umgebauten Kopfbau des Geb.131 Platz finden. Insgesamt sollen dann bis zu 120 Mitarbeiter in dem Gebäude arbeiten können. Diese sollen zum Teil aus Geb.64 kommen, zum anderen werden zur Zeit Laboratorien in Leverkusen hierfür aufgebaut, die dann verlagert werden.

Die Umbaumaßnahme erfordert mehrere Betriebsstillstände für die bereits in Geb.131 befindliche Verfahrenstechnik: im August/September 2001 für ca. 4 Wochen, im Dezember 01/Januar 02 für ca. 2 Wochen und im März/April 2002 ca. für weitere 8 Wochen. In diesen Zeiträumen müssen den KollegInnen adäquate Ausweich-Arbeitsplätze angeboten werden. Der Umbau soll im Dezember 2002 beendet sein.

Protest bei der BASF

15.000! Aniliner haben am 19.03. mit einer einstündigen Protestveranstaltung zum Teil den Verkehr am Ludwigshafener BASF-Werk lahmgelegt.

Anlaß war die Entscheidung des BASF-Vorstandes, die jährliche Erfolgsbeteiligung (wie bei Bayer der Bonus) für das Jahr 2000 auf 70% festzulegen. Im Jahr davor wurden noch 80% gezahlt.

Zuvor wurden auf der Bilanzpressekonferenz neue Rekordergebnisse und eine Steigerung der Dividende um 74% mitgeteilt. Daraufhin fand schon am 16.03. eine kleinere Arbeitsniederlegung statt, auf der nicht nur die Entscheidung des Vorstandes kritisiert wurde, sondern auch die zu nachgiebige Politik der IG BCE - Betriebsräte angegriffen wurde.

Aus diesem Grund entschlossen sich der Betriebsrat und die örtliche IG BCE die Flucht nach vorne anzutreten. Sie organisierten für den 19.03. offiziell die Protestveranstaltung.



BASF KollegInnen bei der Protestkundgebung

Werksschließung folgt Fusion bei DyStar

Im letzten Jahr hat sich die BASF-Textilfarbenseite dem schon bestehenden Gemeinschaftsunternehmen von Bayer und Hoechst, DyStar, angeschlossen. Damit waren Teile der alten IG Farben-Betriebe wieder vereint. Das hatte gleich negative Auswirkungen; in Japan und Brasilien sollen Werke geschlossen werden. In Jacareí, Brasilien bedeutet die Fusion das Aus für 270 Beschäftigte zum 31. März. Die örtliche Chemiegewerkschaft schrieb dazu in ihrer Zeitung Boca no Trombone: Wir stehen vor einem durch die Globalisierung verursachten Desaster. 270 Beschäftigte von ex-BASF, jetzt DyStar, sollen entlassen werden ... Damit erleben wir ein weiteres Mal die Folgen der Globalisie-

rung: multinationale Konzerne, die nur an ihre Gewinnsteigerungen denken, nutzen die Vorteile in den Ländern, in denen sie sich niederlassen, indem sie die billige Arbeitskraft und lokale Reichtümer ausbeuten.... Zuerst wollte BASF nicht einmal über einen Sozialplan reden.



Sie vertrat die ganze Zeit über die Auffassung, dass DyStar das Werk ja schließen wolle, und sie damit nichts zu tun habe. Erst nach anhaltenden Protesten in Brasilien und Unterstützung aus Deutsch-

land bequeme sich das Unternehmen, mit der Gewerkschaft über Abfindungen, Versetzungen in andere Werke etc. zu verhandeln. Leider ist das Ergebnis völlig unzureichend. Der Hit u.a. ist der Lebensmittelkorb im Werte von 60 DM, den die Entlassenen erhalten sollen. Erst raubt man den Leuten die Existenzgrundlage und dann gibt man ihnen als Pflästerchen für 2 Tage was zu essen. Auch in der Frage der Belegschaftsvertreter und Arbeitsschutzbeauftragten bleibt die BASF stur, obwohl diese Kollegen Kündigungsschutz haben. Da wurde mal wieder bewiesen, was Responsible Care ist. Vertrauensleute der BASF in Ludwigshafen und der Chemiekreis (Zusammenschluss kritischer ChemiekollegInnen) haben den Betroffenen ihre Solidarität versichert.

E 11 bis E 13 nur noch ein Traum für Laboranten?

Vor gut 2 Jahren startete der 1. Studiengang für Chemielaboranten, der in diesen Tagen von 18 Kolleginnen und Kollegen vor der IHK mit den Prüfungen zum "Labortechniker Fachrichtung org. Chemie" abgeschlossen wird. Wer möchte, kann noch weitere zweieinhalb Jahre anhängen und mit erheblichem (Frei-)Zeitaufwand seinen "Bachelor of Science" erwerben. Fortbildung als Druckmittel Diese Studiengänge sind und waren für viele Kolleginnen und Kollegen ein Anreiz, ihr Bildungsniveau im Rahmen ihres Berufes deutlich anzuheben und damit selbstständiger arbeiten zu können. Doch was vor 2 Jahren noch dankbar als Chance angenommen wurde, weitet sich im

CWL (Geb. 460 u. 456) mittlerweile zum "Zwang von oben" aus. Das Argument, man habe ohne das Laborantenstudium keine Möglichkeit in die höheren Entgeltstufen aufzusteigen, wird nicht länger als Gerücht gehandelt, sondern in Führungsgesprächen offen geäußert. Leider mag sich kaum einer der Angesprochenen diesen Argumenten genauso offen entgegenstellen. Schließlich geht es erstens um viel Geld - und zweitens will Mann/Frau nicht als bildungsunwillig angesehen werden. Abschlägige Antworten können sich nur Laboranten leisten, die schon in den oberen Gehaltsgruppen sind und dementsprechend mit Geld nicht zu ködern sind.

Doch im CWL soll nun alles anders werden: mehr Wissen ist Pflicht. Wenn sich heute schon kaum ein Vorgesetzter noch an die Versprechen von vor 2-3 Jahren erinnern kann, dass Laboranten ohne dieses "Studium" keine Nachteile haben würden, bleibt abzuwarten, welche Versprechen von heute in 2-3 Jahren noch Gültigkeit haben werden. Es ist sehr schade, dass eine interessante und ansprechende Fortbildungsmöglichkeit als Druckmittel zweckentfremdet wird und dadurch möglicherweise ein negatives Image bekommt, was weder das Studium noch seine Teilnehmer verdient haben. (Kollegen aus Geb. 460, Namen der Red. bekannt)

